

Fortsetzung von Seite 3

trächtlichen Hilfen, die mit dem 100-Millionen-Programm geleistet worden seien. Einer großen Zahl von Unternehmen habe geholfen werden können: 164 Bewilligungen mit Zinszuschüssen mit 67 Millionen DM und 85 Bewilligungen mit einem einmaligen Zuschuß von 33 Millionen DM seien damals gewährt worden. Diese Hilfen habe es „über das ganze Jahr 1975“ gegeben. Nun könne die Opposition „doch nicht so tun, als sei dies alles im Hinblick auf die Landtagswahl am 4. Mai 1975 geschehen“.

Fritz Otto Thielmann (F.D.P.) sagte, alle Fragen im Zusammenhang mit dem Fall Reichel seien bereits vom Wirtschaftsminister ausführlich im Wirtschaftsausschuß beantwortet worden. Die Koalitionsfraktionen hätten „keinen Grund, anzunehmen, daß etwas von der Sache her nicht in Ordnung gewesen ist“. Das Parlament sei dankbar, daß das 100-Millionen-Programm 1975 aufgelegt worden sei. Im Namen seiner Fraktion wünsche er von der Opposition Fairneß bei der Behandlung dieser „teilweise sensiblen Fragen“.

Günther Detert (CDU) plädierte für den Mittelstand, der Anspruch darauf habe, daß er von der Landesregierung ebenso behandelt werde wie die Großwirtschaft. Der Fall Reichel sei „der typische Fall eines Großunternehmers, der im öffentlichen Interesse stehe und dem sofort geholfen werde“, während der Mittelstand benachteiligt sei.

Rainer Maedge (SPD) regte an, die „grundsätzlichen Erwägungen zur Wirtschaftspolitik“ im Wirtschaftsausschuß zu behandeln. In einer Aktuellen Stunde sollten aktuelle Probleme behandelt werden. Im übrigen vertrete er die Ansicht, „daß uns nicht daran gelegen sein kann, mit weiteren Andeutungen die Westdeutsche Landesbank im Gerede zu halten“.

Klaus Lantermann (F.D.P.) setzte sich mit der Frage auseinander, ob man die Firma Reichel „in eine drohende Pleite hineingehen lassen sollte“. Hier zeige sich eine „Schizophrenie“ in der CDU-Argumentation. Die Ausführungen der Oppositionssprecher hätten „deutlich Wahlkampfaspekte“ gezeigt. Dagegen hätten die CDU-Sprecher besser die Gelegenheit nutzen sollen, vor dem Parlament ein konkretes Programm vorzustellen.

Bernhard Spellerberg (CDU) stellte die Frage, „wie es überhaupt möglich gewesen ist, einem in informierten Kreisen seit Jahren als in höchstem Maß überschuldet apostrophierten Unternehmen so schnell unter die Arme zu greifen“.

Dr. Ottmar Pohl (CDU) erklärte, die an Reichel vergebenen Landesmittel seien „nicht zur Erhaltung vorhandener Arbeitskräfte, sondern zu einer weitgehenden Amputation eingesetzt“ worden. Durch den Fortfall von Arbeitsplätzen und die Vergabe der Mittel an ein hochverschuldetes und dem Strukturwandel unterliegenden Unternehmen liege ein doppelter Verstoß gegen Sinn und Inhalt der damals geltenden Vergaberichtlinien vor. Darum fordere die CDU eine Novellierung der heute geltenden Richtlinien mit dem Ziel „einer zwar zügigen, aber kontrollierbaren Mittelvergabe“. Außerdem fordere die CDU eine Sonderprüfung des Landesrechnungshofs über die Vergabepaxis des Ministeriums.

Porträt der Woche

Er kann noch „Platt küren“, und das ist die sauerländische Art zu sagen, was Sache ist, ohne daß man auf rhetorischen Stelzen einhergeht. Walter Neuhaus errang sein Landtagsmandat 1975, im zweiten Anlauf nach einer ersten Kandidatur 1970, in einem für die CDU immer als schwierig geltenden Lüdenscheider Wahlkreis. So mancher Neuling pflegt dann in Düsseldorf erst einmal auf den Hinterbänken Platz zu nehmen, nicht so der Abgeordnete Neuhaus. In der richtigen Erkenntnis, daß die große Politik in den fleißigen, kleinen Schritten der Alltagsarbeit für den Bürger und Wähler beginnt, schaute Neuhaus sich sofort in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit, Soziales und für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten um. Das ist, wie jedermann weiß, ein weites Feld, von der Krankenhauspolitik bis zum sauberen Wasser, von der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bis zum Verbraucherschutz.

Er wolle, sagte er damals seinen Wählern, kein Schönredner sein, mit dem Direktmandat nicht persönlichen Glanz anstreben. So ist es auch geschehen: Neuhaus, der seit 1957 der CDU angehört, gelernter Landwirt ist und auch bleiben will, arbeitet mit großer Beharrlichkeit für die Bürger seiner Wahlkreis-Heimat. Das Paket an solider kommunalpolitischer Erfahrung, die er hat, bringt gute Voraussetzungen dafür mit. Das meiste an dieser politischen Arbeit ist Mühsal, wobei man sich auch durch Rückschläge nicht entmutigen lassen darf: Verbesserung der Siedlungsstrukturen, Ergänzung des Nahverkehrsnetzes, Sicherung von Freizeit- und Erholungsgebieten, wirkungsvoller Umweltschutz. Neuhaus kann inzwischen selbst bei seinen politischen Gegnern auf viele Freunde zählen. Das hat mit der persönlichen Lauterkeit dieses Abgeordneten zu tun, mit seinem steten Kontakt zu den Bürgern, seiner Art, auch unangenehme Themen nicht aus dem Wege zu gehen.

Das Elternhaus, sagt Neuhaus, habe ihn gelehrt, immer aufrichtig zu sein und selbst mit anzupacken, wo Hilfe nottut. Neuhaus zeigt auch, wie man die von allen Parteien so oft beschworene Bürgernähe in der Politik praktiziert: in der Landjugend und im Turnverein, in der Jägerschaft, im Hegering und selbst bei den Geflügelzüchtern. Der Märkische Kreis, der seine Heimat ist, hat eine komplizierte soziologische Struktur zwischen ländlichen Räumen und städtischen Ballungszonen. Da zeigt sich oft, daß eine Politik der kleinen Schritte auch kompromißfähig sein muß. Die große Festrede bewirkt oft wenig, hartnäckige Arbeit auf allen Ebenen der Partei, in der Landtagsfraktion, in den Ausschüssen gemeinsam mit Abgeordneten der Koalition und nicht zuletzt in zähen Verhandlungen mit den Entscheidungsträgern in den Ministerien in Düsseldorf zählt sich dagegen langfristig besser aus.

In der CDU kann man Neuhaus als einen Mann der Mitte bezeichnen. Das Pragmatische zählt, nicht die reine Lehre der Ideologie. Neuhaus mag gele-



Walter Neuhaus (CDU)

gentlich als Konservativer wirken, er ist in Wahrheit ein liberaler, mündiger Bürger im modisch noch nicht mißbrauchten Sinne dieses Wortes. „Ich sage“, meint er, „ein klares Ja zu diesem Staat, zur Sozialverpflichtung des Eigentums, auch zur Sozialordnung und zur Marktwirtschaft, aber gegen Bürokratie und Dirigismus, gegen jeden Planungsfetischismus über die Menschen hinweg, denen jede Politik zuvörderst zu dienen hat.“ Ohne das aktive Verständnis seiner Familie auf dem Bauernhof in Amphop wäre seine politische Arbeit, die auch den größten Teil der Freizeit verschlingt, gar nicht möglich, sagt der Abgeordnete. Walter Neuhaus hat sich – wer wollte solchen Ehrgeiz, der der Leistungsbestätigung dient, nicht verstehen – ein Ziel gesetzt: Er will den 1975 errungenen Wahlkreis bei der Landtagswahl 1980 verteidigen und wiedererobern. Freunde unter den Journalisten in seiner Heimat, die es wissen müssen, meinen, Neuhaus habe sein damaliges Wahlkampfversprechen von Fleiß und Einsatzfreude bei gleichzeitiger Bürgernähe schon jetzt bestens eingelöst.

Es gibt tatsächlich eine viel engere Verflechtung zwischen Kommunalpolitik und Landespolitik, als die Schlagzeilen in den Medien das oft ahnen lassen. Zur politischen Alltagsarbeit eines Abgeordneten gehört, was zumeist übersehen wird, es auch, die abstrakte Sprache von Landesentwicklungsplänen, Rahmenrichtlinien, Runderlassen und Ausführungsverordnungen immer wieder ins Deutsche zurückzuübersetzen. Mittler zwischen Bürgern und Verwaltung zu sein, mit dem Bürger so zu reden, wie er es gelernt hat und versteht, auch das hält Walter Neuhaus für ganz unverzichtbar, wenn nicht eine schon zu erkennende Staats- und Parteienverdrossenheit weiter um sich greifen soll. Dazu gehört, daß auch der gewählte, mit Vertrauensvorschuß der Bürger bedachte Politiker lernfähig bleiben muß. „Den eigenen Standpunkt“, sagt Walter Neuhaus, „kann man am besten dadurch sichern, daß man ihn gelegentlich auch selbst einmal überprüft.“

Lothar Bewerunge